



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Dienstag, 03.12.2024, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2025 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2024-2028 Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan	Vorl.Nr. 259/24
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Er ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Es geht um die Beratung und Abstimmung der Fraktionsanträge zum Haushalt 2025.

Die Beratung der Anträge erfolgt anhand der Reihenfolge des Beratungsfahrplans (vgl. Anlage zur Vorlage 259/24). Dabei werden es unter manchen Vorlagennummern mehrere getrennte Abstimmungen geben.

In diesem Zusammenhang stellt Stadträtin **Allerborn** den Geschäftsordnungsantrag, die Entscheidung zur LB-Card (vgl. Anlage Nr. 17 der Vorlage 260/24) aus der Paketabstimmung herauszulösen und separat abzustimmen.

Aus Sicht von OBM **Dr. Knecht** sei die weitere Herauslösung aus der Paketabstimmung nicht zielführend. Bereits 9 Punkte seien aus der 23 Punkte umfassenden Paketvorlage herausgelöst. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag von Stadträtin Allerborn zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadtrat Maier

Zunächst trägt die **Vorsitzende des Personalrats** ihre Stellungnahme zum Haushaltsplan vor (vgl. Anlage zur Niederschrift, TOP 1.1).

Sodann erläutern OBM **Dr. Knecht**, der **Fachbereichsleiter** Finanzen und die **Fachbereichsleiterin** Organisation und Personal den aktuellen Planungsstand des Haushalts 2025 samt Stellenplan anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Insbesondere informiert der Fachbereichsleiter Finanzen über die aktuelle Herbst-Steuerschätzung, die sich nachteilig für die Stadt auswirke. So würden weitere ca. 6 Mio. Euro Einnahmen durch Schlüsselzuweisungen und Anteile an der Einkommenssteuer fehlen. Er geht im Verlauf der Sitzung auf weitere Änderungen zum bisherigen Haushaltsentwurf ein.

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, dass die Freie-Wähler-Fraktion im Vorfeld der Sitzung den Antrag 323/24 „Erhöhung der Einsparung 2026“ zurückgezogen hat.

Die Beratung der Haushaltsanträge und Beschlussvorlagen der Tagesordnungspunkte 1.2 und 1.4 bis 1.6 erfolgt nach der Reihenfolge im Beratungsfahrplan (s. Anlage zur Vorl.Nr. 259/24).

Beratungsverlauf:

Die **Personalratsvorsitzende** trägt die Stellungnahme des Personalrats zum Haushaltsplan vor (vgl. Anlage zur Niederschrift).

Es findet keine Aussprache statt.

Beschlüsse:

(vgl. Beratungsverlauf)

Abstimmungsergebnisse:

(vgl. Beratungsverlauf)

Beratungsverlauf:

Zur Vorgehensweise teilt **OBM Dr. Knecht** mit, mit den Fraktionen sei vereinbart, dass einzelne Beschlüsse aus der Paketabstimmung der Vorlage Nr. 260/24 herausgelöst werden.

Diese Einzelmaßnahmen werden anhand des Beratungsfahrplans im Folgenden beraten.

a) Anpassung des Hebesatzes der Gewerbesteuer (Anlage 3)

OBM **Dr. Knecht** erläutert, dass die Verwaltung den Hebesatz von 400 Punkten vorschlägt, um die vielfältigen Aufgaben bspw. in Bildung, Soziales, Kultur, Sport tätigen zu können. Den Unternehmen in der Stadt gegenüber ist die Stadt sich ihrer Bedeutung bewusst. Ludwigsburg positioniert sich als starker Wirtschaftsstandort und ohne eine Erhöhung der Einnahmen sei das Engagement in den angesprochenen Bereichen nicht zu halten.

Stadtrat **Haag** führt an, dass aus FDP-Sicht nicht der Hebesatz, sondern die Wirtschaftslage das Gewerbesteueraufkommen ausmache. Für den Verwaltungsvorschlag habe er durchaus Verständnis. Aber bei dem großen Defizit im Haushalt sei unverständlich, warum eine Gruppe durch die Erhöhung des Hebesatzes belastet werden solle. Die Gewerbesteuer sei auf Gewinne zu zahlen und er befürworte, dass diese Gewinne in Ludwigsburg investiert werden sollen.

Die Wirtschaftslage bezeichnet Stadträtin **Kuhnke** als düster. Damit Arbeitsplätze in der Stadt erhalten werden können, werde ihre Fraktion die Erhöhung der Gewerbesteuer ablehnen. Sie habe dagegen andere Einsparvorschläge in Höhe von ca. 7 Mio. Euro aufgelistet.

Stadtrat **Tübek** zufolge sei aufgrund des größeren Haushaltsdefizits von 21 Mio. Euro eine Anhebung des Hebesatzes auf 405 Punkte nötig. Auch, um die Stadt mit ihren Projekten attraktiv zu halten für Unternehmen. Für Personengesellschaften würde keine Mehrbelastung aufgrund von Steuerabschreibungen resultieren.

Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer seien lt. Stadtrat **Herrmann** durch eine kluge Gewerbeansiedlungspolitik zu erreichen, nicht durch die Erhöhung des Hebesatzes. Die Zahl der Beschäftigten in der Stadt trage auch dazu bei. Einer Erhöhung des Hebesatzes auf 400 oder mehr Punkte sei nicht zuzustimmen. Die Fraktion werde uneinheitlich abstimmen, manche Mitglieder werden der Erhöhung auf 395 Punkte zustimmen.

Laut Stadtrat **Sorg** könne es sich die Stadt nicht leisten, unter 400 Hebesatzpunkten zu bleiben; die dramatische Haushaltssituation habe sich sogar noch verschlechtert. Daher brauche man jeden Hebesatzpunkt als Einnahme, um nicht noch mehr bei Kultur, Sport und Bildung sparen zu müssen. So bleibe die Stadt als Wirtschaftsstandort attraktiv. Der Hebesatz sei für viele Unternehmen nicht der entscheidende Punkt. Größere Risiken seien lt. IHK-Wirtschaftslagebericht die fehlende Nachfrage oder Arbeitskosten. Das Regierungspräsidium achte nicht ohne Grund auf einen ausgeglichenen Haushalt.

Es müsse die lange Perspektive in den Blick genommen werden, meint Stadtrat **Zeltwanger**. Die Stadt habe kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem. Zufrieden sei er daher, dass die Stadt die Einsparbemühungen nochmals intensiviert habe. 400 Hebesatzpunkte seien mehrheitlich aus Sicht der Fraktion gerecht in der Gesamtabwägung.

Stadtrat **Maier** sieht harte Beratungen vor dem Gemeinderat und große Sparbemühungen. Die Gewerbesteuererhöhung auf 400 Hebesatzpunkte sei gerechtfertigt und verantwortungsvoll, da sie nur Kapitalgesellschaften wirklich betrifft, und von Kleingewerbe und Personengesellschaften mit der Einkommensteuer verrechnet werden könne. Er sieht zudem den Zusammenhang mit der Grundsteuerreform, durch die vor allem Gewerbegrundstücke entlastet werden. Auf die Einnahme von 4 Mio. Euro zu verzichten, sei nicht angebracht.

Stadtrat **Dogan** werde schweren Herzens zustimmen. Ludwigsburg sei mit dem aktuellen Hebesatz von 385 Punkten unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte und brauche dringend die Einnahmen durch die Gewerbesteuer für einen generationengerechten Haushalt.

OBM **Dr. Knecht** erklärt sein Abstimmungsverhalten. Er werde für den Verwaltungsvorschlag von 400 Punkten stimmen, dafür habe er auch im Vorfeld bei den gewerbesteuerzahlenden Betrieben geworben. Für 405 Punkte werde er nicht die Hand heben, da er für die Unternehmen in der Stadt ein verlässlicher Partner sein möchte.

Nach der Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über die Anträge Nr. 290/24 (Teil des Antrags der AfD-Fraktion) und 317/24 (FDP-Fraktion) gemeinsam abstimmen.

Diese Anträge werden beide mehrheitlich abgelehnt.
Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.8 a und 1.9.

Im Anschluss ruft er den Antrag Nr. 301/24 (Die Linke) auf.
Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.10.

Danach ruft OBM **Dr. Knecht** den Verwaltungsvorschlag (Anlage 3 zu Vorlage 260/24) auf und lässt über diesen abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, die Abstimmung über den Antrag Nr. 306/24 (CDU-Fraktion), vgl. TOP 1.11, sei damit obsolet.

Daraufhin lässt er über die Änderung der Hebesatzsatzung (Vorl. Nr. 258/24) abstimmen (vgl. TOP 1.4).

b) Streichung des Zuschusses für die Aufsuchende Suchtpräventive Arbeit (ASPA) (Anlage 6)

EBMin **Schmetz** berichtet, dass mittlerweile an allen Schulen eine Schulsozialarbeit vorhanden sei, das sei bei der Einführung der ASPA noch nicht flächendeckend der Fall gewesen. Daher halte die Verwaltung am Verwaltungsvorschlag fest.

Stadträtin **Bilger** sieht die Notwendigkeit der Weiterführung der ASPA in Zusammenhang mit der Teillegalisierung von Cannabis im vergangenen Jahr. Bis legale Versorgungsstrukturen etabliert seien, werden Jugendliche auch weiterhin durch Dealer angesprochen mit dem Risiko der Heranführung an harte Drogen. Die erfolgreiche und wichtige Arbeit der ASPA sollte wenigstens für die folgenden zwei Jahre weitergeführt werden, auch um ersetzende Angebote durch die Schulen und Schulsozialarbeiter zu ermöglichen.

Stadträtin **Kuhnke** sieht das Projekt als äußerst wichtig an und ist für die unbefristete Weiterführung.

Die Schulen seien durch verschiedene Angebote, vielfach in Zusammenarbeit mit der Polizei, jetzt schon in der Lage, effektiv auf Suchtproblematiken einzugehen, so Stadtrat **Medinger**. Eine verschärfte Cannabis-Problematik sei ihm aus Schulkreisen nicht bekannt. Die Grünen-Fraktion werde für den Verwaltungsvorschlag stimmen.

Stadtrat **Zeltwanger** sieht für Jugendliche die Priorisierung in anderen Bereichen. Außerdem sei unklar, wie eine neue Bundesregierung den Sachverhalt angeht. Aus Einspargründen seien die Freien Wähler für den Verwaltungsvorschlag.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** zufolge sei die Aufgabe in den Schulen abgedeckt. Suchtprävention sei Aufgabe des Landes durch die Lehrpläne und Lehrer. Insofern sei die Übernahme der Aufgabe durch die Kommune als freiwillige Aufgabe zu sehen, die zurückgefahren werden könne. Stadtrat Dr. O'Sullivan lobt dennoch die Arbeit der ASPA in der Vergangenheit.

Stadtrat **Haag** sieht die Arbeit der ASPA als sinnvoll an und Aufklärung durch Menschen von außen sei für Schüler ungleich eindrücklicher. In der momentanen Lage sollte auf das Projekt nicht verzichtet werden.

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den Antrag 290/24 (Teil des Antrags der AfD-Fraktion).
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.8 b.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag 304/24 (CDU-Fraktion) abstimmen.
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.12.

Danach ruft er den Verwaltungsvorschlag (Anlage 6 zu Vorlage 260/24) auf und lässt über diesen abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

c) Erhöhung für Essensbeiträge Kita zum 01.04.2025 (Anlage 8)

EBMin **Schmetz** erläutert den Verwaltungsvorschlag, der eine Erhöhung für die Essensbeiträge in den Kindertagesstätten und Schulen vorsieht. Die Beiträge der Eltern trügen bei Weitem nicht die tatsächlichen Kosten pro Essen, die zwischen 7 und 9 Euro liegen. Langfristiges Ziel der Stadt sei die Kostendeckung der Beiträge für die Cateringkosten; die Betriebs-, Personal- und Baukosten der Mensen sollen weiterhin von der Stadt getragen werden. Die vom Gemeinderat festgelegte Maßgabe, dass die Essen gesund und ausgewogen sein sollen, soll langfristig gehalten werden können.

Stadträtin **Kuhnke** erinnert an ihre Haushaltsrede vom 20.11.2024. Ihre Fraktion wolle Wort halten und wolle keine familien- und bildungsfeindlichen Beschlüsse, die eine Umverteilung zum Ausgleich der schlechten Haushaltslage vorsehen. Familien sollen nicht zusätzlich belastet werden.

Stadträtin **Wiedmann** will die gesetzten Standards für die Essen erhalten und unterstützt den Verwaltungsvorschlag. Die Beitragssteigerung sei sozial abgefedert, da Familien, die Transferleistungen erhalten, von den Beiträgen befreit seien.

Dem Verwaltungsvorschlag stimmt Stadtrat **Meyer** zu. Die Essensbeiträge hätten mit dem allgemeinen Haushalt eigentlich zu tun haben. Sie würden auch für Morgensnacks in den Kindertagesstätten verwendet. Lebensmittelpreise seien in den vergangenen drei Jahren sehr gestiegen, daher sei die Erhöhung der Beiträge angemessen. Diese höheren Preise würden Familien auch zahlen müssen, wenn zuhause gekocht wird.

Stadtrat **Zeltwanger** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Die Kostenverteilung in tatsächlichen Essenskosten und Betriebskosten sei nachvollziehbar dargelegt worden.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** hält die halbwegs anteilige Kostenbeteiligung der Eltern an den Mensaeßen für angemessen. Transferleistungsempfänger seien über das Bildungs- und Teilhabepaket entlastet. Wer von den niedrigen Essensbeiträgen begünstigt wird, sind die Leistungsträger der Gesellschaft. Daher sei das langfristige Ziel der Kostendeckung angebracht.

Dem Verwaltungsvorschlag stimme er zu, so Stadtrat **Haag**. Unabhängig von den Qualitätsstandards beim Essen könnte auch über eine Staffelung nach Portionsgrößen nachgedacht werden.

Nach der Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den Antrag 290/24 (Teil des Antrags der AfD-Fraktion) abstimmen. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.8.c.

Danach ruft OBM **Dr. Knecht** den Verwaltungsvorschlag (Anlage 8 zu Vorlage 260/24) auf und lässt über diesen abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Daraufhin lässt er über Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg (Vorlage Nr. 276/24) (vgl. TOP 1.6) abstimmen.

d) Erhöhung für Essensbeiträge für Schulen/Mensen zum 01.04.2025 (Anlage 9)

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. Somit lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den Antrag 290/24 (Teil des Antrags der AfD-Fraktion) abstimmen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.8.d.

Danach ruft er den Verwaltungsvorschlag (Anlage 9 zu Vorlage 260/24) auf und lässt über diesen abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

e) Auslaufen des Projekts Connect (Anlage 11)

EBMin **Schmetz** bezeichnet die Arbeit von Connect als sehr wertvoll. Im Zuge der Einsparbemühungen müssen klare Priorisierungen vorgenommen werden. Diese lägen im Bildungs- und Sozialbereich auf wichtigen Dingen, vielfach Pflichtaufgaben, die es zu erhalten gilt. Über das Auslaufen sei bereits wiederholt in der Vergangenheit gesprochen worden. In der Abwägung mit Hinblick auf die angespannte Haushaltslage wolle die Stadt Connect zum Ende der Laufzeit Sommer 2025 nicht weiterführen.

Stadträtin **Kuhnke** plädiert für die unbefristete Weiterführung von Connect. Dies sei für die Gemeinschaft wichtig. Entsprechende Einsparvorschläge seien als Deckungsvorschlag gemacht worden.

Das Projekt Connect unterstütze vor allem junge Menschen in der Stadt, so Stadträtin **Akin**, die oft keine großen Fürsprecher haben. Daher sei es wichtig, Connect als Begegnungs- und Aufenthaltsplattform zu erhalten. Es leiste Unterstützungsarbeit für junge Menschen aller Herkünfte und Lebenslagen. Die Freie-Wähler-Fraktion beantragt die Fortführung für zunächst 3 Jahre und gleichzeitig die Erarbeitung von Optimierungen.

Stadträtin **Schittenhelm** ist aufgrund der Wichtigkeit des Begegnungs- und Austauschorts über kulturelle Barrieren hinweg für die Weiterführung für zunächst 2 Jahre. Dies sei als interfraktioneller Antrag der Grünen und SPD-Fraktion eingereicht worden. Die Mitarbeiterinnen leisteten gute Arbeit. Aufgrund der Zielgruppe (junge Erwachsene) sei nicht klar, welche soziale Stelle den Wegfall auffangen würde. Ihre Fraktion werde auch der von den Freien Wähler beantragten Weiterführung von 3 Jahren zustimmen.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** betont, dass die Integrationsarbeit bei Connect nicht von anderen sozialen Trägern in dieser Form erbracht wird.

Stadtrat **Meyer** erinnert daran, dass 2022 die Weiterführung für drei Jahre beschlossen wurde, d.h. dass Connect ohnehin 2025 ausgelaufen wäre. Die Diskussion um eine Weiterführung verwundere ihn. Auch weil kein überarbeitetes Konzept seitens der Verwaltung vorgelegt worden sei. Für Integrationsmöglichkeiten seien vielfältige Angebote von anderen Sozialeinrichtungen, Vereinen und Kirchen vorhanden.

Stadträtin **Schittenhelm** zufolge sei die Konzeption seit 2015 verändert worden und sei in dieser Form einmalig.

Viele Kooperationspartner von Connect seien vorhanden, um den Menschen Angebote zu machen, bzw. stehe für junge Erwachsene auch immer der kommerzielle Bereich zur Verfügung, so EBMin **Schmetz**. Sie spricht sich deutlich gegen eine dreijährige Weiterführung aus.

Nach der Aussprache teilt Stadträtin **Kuhnke** mit, der Antrag der AfD-Fraktion zum Projekt Connect (Teil des Antrags Nr. 290/24) werde zurückgezogen (vgl. TOP 1.8.e). Sie würden der zweijährigen Weiterführung zustimmen.

OBM **Dr. Knecht** lässt zunächst über den Antrag Nr. 324/24 (FW-Fraktion), der Weiterführung um 3 Jahre abstimmen.
Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.
Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.15.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass die Abstimmung über die Anträge Nr. 294/24 (interfraktioneller Antrag) und 303/24 (Die Linke), vgl. TOP 1.13 und 1.14 damit obsolet seien.
Auch die Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag sei hinfällig.

f) Reduzierung des Sachkostenzuschusses an die Waldorfschule Ludwigsburg
(Anlage 13)

OBM **Dr. Knecht** führt ein, dass aufgrund der eigenen Schulzeit auf der Waldorfschule eine enge Bindung zur Einrichtung bestehe. Gerade deswegen würden die Zwänge im Sparprozess WIN LB exemplarisch deutlich. Die Abwägung für Ausgabenkürzungen oder Einnahmenverbesserungen müsse immer sachlich, losgelöst von subjektiven Einschätzungen, und immer mit Blick auf die Gesamtstadt getroffen werden. Die Waldorfschule zeichne eine starke Schulgemeinde aus, die auch in der Demonstration vor der heutigen Sitzung zum Ausdruck gekommen sei. OBM Dr. Knecht äußert sich zuversichtlich dahingehend, dass die Kürzung des Sachkostenzuschusses um 48.250 Euro von dieser starken Schulgemeinschaft aufgefangen werden könne. Die Stadt habe sich den Vorschlag nicht leicht gemacht und er werde dieser Kürzung zustimmen. Der Sachkostenzuschuss werde somit halbiert, die Übernahme von 70 % des jährlichen Erbbauzinses in Höhe von momentan 58.000 Euro durch die Stadt bleibe unangetastet und werde künftig in absoluten Zahlen steigen. Im Städtevergleich liege der Ludwigsburger Zuschuss über dem Durchschnitt.

Stadtrat **Haag** gibt zu bedenken, dass gerade mit kleinen Einsparbeträgen bestehende und bewährte Strukturen gefährdet werden können. Die Waldorfschule sei eine wertvolle Ergänzung der Ludwigsburger Schullandschaft und ohne sie müsste die Stadt die Kinder auf öffentlichen Schulen beschulen, was mit höheren Kosten verbunden ist. Der Zuschuss für 2025 sollte beibehalten werden und für die Zukunft ein tragfähiges Konzept erarbeitet werden.

Stadträtin **Dötterer** verweist auf Zahlen, wonach die Kinder auf Waldorfschulen für die öffentliche Hand weniger kosten als auf öffentlichen Schulen. Die Schule sei wichtig für besondere Kinder, die auf anderen Schulen keinen Platz bekommen würden. Mit anderen Städten sollte man den Zuschuss nicht vergleichen. Die

Zukunftsfähigkeit der Waldorfschule sei im Interesse aller, daher lehne sie die Kürzung des Sachkostenzuschusses ab.

Stadtrat **Medinger** zufolge leiste die Waldorfschule hervorragende Arbeit. Gleichwohl sei sie die einzige Schule in freier Trägerschaft in der Stadt, die einen städtischen Zuschuss erhalte. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt sei eine Kürzung des Sachkostenzuschusses um die Hälfte ein angemessener Schritt. Die Fraktion unterstütze den Verwaltungsvorschlag.

Bei aller Wertschätzung für die geleistete Arbeit an der Waldorfschule schließt sich ihre Fraktion dem Verwaltungsvorschlag an, so Stadträtin **Dr. Traub**.

Die Freie-Wähler-Fraktion hält die Kürzung des Zuschusses für zumutbar, auch weil die Waldorfschule das Potential besitze, andere Einnahmequellen zu erschließen, meint Stadtrat **Zeltwanger**.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** findet die Kürzung, da es sich um ein soziales und unmittelbares Bildungsthema handle, eine schwierige Abwägung. Die Waldorfschule sei wichtig für die Ludwigsburger Schulvielfalt und leiste gute Arbeit. Private Schulen haben andere Finanzierungsmöglichkeiten, die dazu dienen können, den dann fehlenden städtischen Zuschuss zu ersetzen. Bei der Kürzung des Sachkostenzuschusses würden die Personalkosten nicht angetastet.

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über die inhaltsgleichen Anträge Nr. 290/24 (Teil des Antrags der AfD-Fraktion) und 311/24 (FDP-Fraktion) gemeinsam abstimmen.

Die Anträge werden beide mehrheitlich abgelehnt.
Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.8.f und 1.16.

Danach ruft er den Verwaltungsvorschlag (Anlage 13 zu Vorlage Nr. 260/24) auf und lässt über diesen abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Mit Einverständnis des Gremiums unterbricht OBM **Dr. Knecht** die Sitzung für eine Pause von 10 Minuten (19.05-19.15 Uhr). Er setzt anschließend daran die Sitzung fort.

g) (Bewohner-) Parken: Erhöhung Gebühren, Ausweitung Bewirtschaftungstage und Gebiet (Anlage 20 neu)

BM **Mannl** erläutert einleitend, dass neben der Einnahmenverbesserung weiterhin der Grundsatz Bestand haben soll, wonach die Parkgebühren auf den Straßen höher sein sollen als in den Parkhäusern. Die Lenkungswirkung solle weiterhin so wirken, dass Autos in die Parkhäuser gelenkt werden. Da die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim (SWLB) zuletzt die Parkgebühren für die von ihnen bewirtschafteten Parkhäuser angehoben hat, sollen auch die Parkgebühren „draußen“ steigen. Der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag sah dabei auch eine Erhöhung der Bewohnerparkausweise vor. Diese habe die Verwaltung im neuen Vorschlag belassen, der als *Anlage 20 neu* der Vorlage 260/24 beiliegt. Die Kosten für die Parkierung bei den Stadtwerken und der Stadt würden steigen und auch nach der Erhöhung der Parkgebühren seien diese nicht kostendeckend. In der Parkzone 2 sollen die Parkgebühren auf die der SWLB angeglichen werden. Bei den verschiedenen Nutzergruppen treffe die Erhöhung der Parkgebühren also nicht die Anwohnenden, da sich die Bewohnerparkausweise nicht verteuern. Die Ausweitung der Bewirtschaftungszeiten in der Oststadt auf das Wochenende betreffe den Bereich nur nördlich der Friedrichstraße, und beabsichtige neben dem Effekt der Einnahmensteigerung auch eine Lenkungswirkung beim Parkdruck durch Besucher des Blühenden Barocks. Die Abstimmung über die Aspekte Gebühren und Bewirtschaftungszeiten sollte getrennt erfolgen.

Es werde Politik gegen das Auto gemacht, so Stadtrat **Ziemann**. Die Fraktion tue sich schwer mit der Regelung für Anwohner und Handwerker. Diese Regelungen seien unsozial. Für die beantragte Beibehaltung der Parkgebühren liege ein Deckungsvorschlag der AfD-Fraktion vor. Den Verwaltungsvorschlag lehnt sie ab.

Stadträtin **Dr. Klünder** bedankt sich für die Offenheit im Sachvortrag, dass durch die Gebührenerhöhung hauptsächlich die Einnahmen erhöht werden sollen. Die Lenkungswirkung – dass Parkgebühren auf der Straße höher seien als in den Parkierungsgaragen – sei zum großen Teil erreicht worden. Dass Parken auf Kosten für die Stadt verursache, sei klar. Eine Erhöhung der Parkgebühren dürfe aber nur maßvoll erfolgen. In der Parkzone 1 sei sie nicht akzeptabel. Die CDU sei bereit, der Erhöhung zuzustimmen, wenn sie erträglich sei. Die Innenstadt sei in Konkurrenz zur Landeshauptstadt und zu Einkaufszentren, daher sei es erfreulich, dass im Kompromiss die Stadt den Fraktionen weit entgegengekommen sei. Gleichwohl stimme sie dem Verwaltungsvorschlag nicht zu und bleibe bei ihrem Antrag.

Stadträtin **Liepins** betont, dass ihre Fraktion eine moderatere Erhöhung des Bewohnerparkens auf 150 Euro beantragt habe, der Verwaltungsvorschlag gehe nun auf die ursprünglichen 120 Euro zurück. Mit diesem Betrag sei man der Sache wegen trotz einigem Unverständnis angesichts der Finanzdebatten einverstanden. Die Erweiterung der Bewirtschaftungszeiten in Teilen der Oststadt auf Sonntag sei für die Fraktion nicht nachvollziehbar, die Lenkungswirkung wird hier nicht gesehen, daher werde man diesen Teil des Beschlussvorschlags ablehnen. Sie drängt auf eine verbindliche und praktikable Lösung für Besucher von Anwohnern.

In die Beratungen sei Bewegung gekommen und ein Kompromiss erarbeitet worden, so Stadtrat **Zeltwanger**. Unter dem Aspekt der Verkehrslenkung sei einiges ausprobiert worden, was sich als erfolgreich herausgestellt habe. Die Erweiterung auf den Sonntag sei so ein Versuch, den auszuprobieren es lohnt. In der Kombination von Brezeltasten und der Park-Aktion „Dankeschön“ der Einzelhändler im LUIS e.V. werde für die Innenstadt vorteilhafte Parkierungen angeboten. Seine Fraktion könne mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen.

Stadträtin **Dr. Knoß** erinnert daran, dass entgegen dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag der Abmangel höher ausfallen würde. Im Kompromiss mit den Fraktionen sei klar gewesen, dass in Abwägung der Einnahmenerhöhung, Lenkungswirkung und politischer Ausrichtung jede Fraktion von ihrem Standpunkt ein Stück abweichen werde müssen. Nun seien von CDU und SPD jeweils Anträge vorgelegt worden, die dem vereinbarten Grundsatz, dass die Parkgebühren auf der Straße höher als in den Parkhäusern sein sollen, zuwiderlaufen. Dies sei unverständlich und verfehle die beabsichtigte Lenkungswirkung, vor allem in der Parkzone 3. Die Beibehaltung des Bewohnerparkens in Höhe von 120 Euro sei nicht die Position der Grünen, aber als Kompromiss sei der dadurch entstehende Einnahmenverlust von ca. 600.000 Euro gerade noch akzeptabel. Die Ausweitung auf Sonntag in der Oststadt sei zu versuchen. Die gleichzeitige Besucherregel für die Anwohner trage sicherlich zur Entlastung für die Bewohner bei. Parksuchverkehr könne sich deutlich dadurch verringern. Sie appelliert abschließend an die anderen Fraktionen und wirbt für den Kompromiss.

Der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag sei für ihn nicht tragbar gewesen, vor allem die Höhe des Bewohnerparkens, bemerkt Stadtrat **Eisele**. Mit dem Kompromiss könne er mitgehen, auch weil eine Abstufung zwischen Zonen 1 und 2 vorhanden sei. Die Ausweitung auf Sonntag als Versuch könne den Anwohnern in der Oststadt helfen und sei mit einer vernünftigen analogen und digitalen Besucherregelung zu begrüßen. Die Einnahmeverbesserung würde mit dem Kompromiss zwar geringer ausfallen, es sei jedoch eine für alle Beteiligten freundlichere Lösung.

Stadträtin **Allerborn** zufolge sei Autofahren an sich schon ein Privileg. Sie wolle eine Politik der Mobilität für alle, in der Autos aus der Stadt und in die Parkgaragen gelenkt werden sollen. Die Diskussionen im Gremium seien keine Politik, sondern sie bezeichnet sie als Haarspalterei. Dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag sei für sie gut gewesen, dem Kompromiss könne sie auch zustimmen.

Stadtrat **Taskin** plädiert für eine Staffelung der Bewohnerparkausweise nach der Anzahl der Fahrzeuge.

OBM **Dr. Knecht** dankt den Fraktionen für die Wortbeiträge. Er habe in den vergangenen Wochen eine große Reife in den Diskussionen festgestellt, die von einem guten Blick auf die Stadt und deren Bedürfnissen gezeugt habe. Es sei nun ein Kompromiss gefunden worden, der dies bescheinige. Eine Erhöhung der Parkgebühren und der Lenkungswirkung sei angebracht, dies sei für alle einem vertretbaren Umfang erreicht. Der Verwaltungsvorschlag für das Bewohnerparken sei

auf 120 Euro geblieben, um ein Signal an die Bürgerschaft zu geben. Ab nächstem Jahr würden Belastungen durch die Grundsteuerreform auf die Menschen zukommen.

BM **Mannl** sagt eine Kontrolle am Sonntag zu, sodass die neue Regelung am Sonntag greifen könne. Verkehrsversuche unter realen Bedingungen hätten sich an anderer Stelle bewährt, daher sei dies ein probates Mittel für die momentane Situation. Der Versuch werde währenddessen evaluiert, sodass auch Rückschlüsse auf die Effekte festgestellt werden können. Für die Besucherregelung gebe es digitale Angebote, die momentan noch erarbeitet werden, komme demnächst der Vorschlag in den Gremien. Nachbesserungen im generellen System und im Parkleitsystem werden kontinuierlich gemacht.

Stadtrat **Haag** erinnert an die Diskussion im Gemeinderat um Bewohnerzettel als Lösung für Besucherparken in bewirtschafteten Zonen oder für das Anwohnerparken und bittet dies in die Überlegungen einzubeziehen.

Stadtrat **Passaro** findet eine Bewirtschaftung an allen Sonntagen für nicht zielführend, wenn der hohe Parkdruck an nur wenigen Wochenenden so hoch sei. Wichtiger und sinnvoller sei ein funktionierendes und lenkendes Parkleitsystem.

BM **Mannl** wiederholt, dass auch ein perfektes Parkleitsystem nicht alle Probleme lösen werde. Die Anzahl der Wochenenden mit hohem Parkdruck sei hoch, die Einnahmemöglichkeit durch die Bewirtschaftung an Sonntagen sei beachtlich und die erhoffte Lenkung trete durch den Versuch ein.

Im Anschluss an die Aussprache teilt Stadträtin **Liepins** mit, der Antrag der SPD-Fraktion zum Parken (Antrag Nr. 298/24) werde zurückgezogen.

Daraufhin lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den Antrag Nr. 290/24 (Teil des Antrags der AfD-Fraktion) abstimmen.
Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.8.g.

Im Anschluss ruft er den Antrag Nr. 308/24 (CDU-Fraktion) auf.
Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
Abstimmungsergebnis vgl. TOP 1.17.

Danach ruft OBM **Dr. Knecht** den Verwaltungsvorschlag (Anlage 20 neu zu Vorlage 260/24) auf und lässt über diesen getrennt abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss über die Höhe der Parkgebühren wird mit 24 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss über Bewirtschaftungszeiten und -zone wird mit 22 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Daraufhin lässt OBM **Dr. Knecht** über die Parkgebührensatzung (Vorl. Nr. 279/24) (vgl. TOP 1.5) abstimmen. Die Abstimmung findet nur über Ziffer 1 statt. Die Gebührenhöhe der Gewerbeparkausweise bleibe bei 120 Euro bestehen.

Die Beratung zu den restlichen Themen dieser Vorlage Nr. 260/24 wird in der morgigen Gemeinderatsitzung am 04.12.2024 fortgesetzt.

OBM **Dr. Knecht** schließt daraufhin die Sitzung.

Beratungsverlauf:

(vgl. TOP 1)

Beschluss:

1. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird ab 01.01.2025 auf 400 v.H. der Steuermessbeträge festgesetzt.
2. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer der Stadt Ludwigsburg (Hebesatzsatzung) zum 01.01.2025 wird in der Fassung des Entwurfs (Anlage 1) beschlossen. Die Ausführungen in der Begründung werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 23 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.2 a).

Abweichender Beschluss:

- 1.) Die Parkgebührensatzung der Stadt Ludwigsburg (Fassung vom 18.10.2023) wird entsprechend der als **Anlage 1 (neu)** beigefügten Parkgebührensatzung geändert.
- 2.) ~~Die Gewerbeparkausweissatzung der Stadt Ludwigsburg (Fassung vom 23.03.2022) wird entsprechend der als Anlage 2 beigefügten Gewerbeparkausweissatzung geändert.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss über Ziffer 1 wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 9 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Über Ziffer 2 wird nicht abgestimmt.

Beratungsverlauf:

Die Abstimmung findet nur über Ziffer 1 statt. Die Gebührenhöhe der Gewerbeparkausweise bleiben bei 120 Euro bestehen. Die Gewerbeparkausweissatzung bleibe somit gültig.

(Zum weiteren Beratungsverlauf vgl. TOP 1.2.g)

TOP 1.6 - Anpassung der Elternbeiträge für die
Mittagsverpflegung in Kitas
- Satzungsänderung

Vorl.Nr. 276/24

Beschluss:

Die Verpflegungsgebühren in den Kindertageseinrichtungen werden ab dem 1. April 2025 auf 4,00 Euro pro Mahlzeit und somit auf 80 Euro im Monat erhöht.
Der Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg (Anlage 1) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

(vgl. TOP 1.2.c)

TOP 1.7 Zusätzliche Einsparungen - Ziel "schwarze
Null" - HH-Antrag der Fraktion Freie Wähler
vom 20.11.2024

Vorl.Nr. 323/24

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** teilt zu Beginn der Sitzung mit, der Antrag sei von der Freie-Wähler-Fraktion im Vorfeld zurückgezogen worden.

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.2).

Die im Antrag aufgeführten Bestandteile des Antrags werden wie folgt abgestimmt:

a) Anpassung des Hebesatzes der Gewerbesteuer

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über die Anträge Nr. 290/24 (AfD-Fraktion) und 317/24 (FDP-Fraktion) gemeinsam abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

b) Streichung des Zuschusses für die Aufsuchende Suchtpräventive Arbeit (ASPA)

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den Antrag 290/24 (AfD-Fraktion) abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

c) Erhöhung für Essensbeiträge Kita zum 01.04.2025)

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den Antrag 290/24 (AfD-Fraktion) abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

d) Erhöhung für Essensbeiträge für Schulen/Mensen zum 01.04.2025

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den Antrag 290/24 (AfD-Fraktion) abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

e) Auslaufen des Projekts Connect

Stadträtin **Kuhnke** teilt mit, der Antrag der AfD-Fraktion zum Projekt Connect (Teil des Antrags Nr. 290/24) werde zurückgezogen.

f) Reduzierung des Sachkostenzuschusses an die Waldorfschule Ludwigsburg

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über die Anträge Nr. 290/24 (AfD-Fraktion) und 311/24 (FDP-Fraktion) gemeinsam abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

g) (Bewohner-) Parken: Erhöhung Gebühren, Ausweitung Bewirtschaftungstage und Gebiet

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag Nr. 290/24 (AfD-Fraktion) abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag über die Parkgebühren wird mit 4 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

(vgl. TOP 1.2 a)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.2 a)

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.2 a)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.2 b)

TOP 1.13

Projekt Connect - Interfraktioneller
Haushaltsantrag der Fraktionen Bündnis
90/Die Grünen und SPD vom 19.11.2024

Vorl.Nr. 294/24

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.2.e)

TOP 1.14

Fortführung Projekt Connect - HH-Antrag
der Fraktion Die Linke vom 20.11.2024

Vorl.Nr. 303/24

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.2.e)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wurde mit 16 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.2.e)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.2.f)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

(Vgl. TOP 1.2.g)

Beratungsverlauf:

Der Antrag wurde im Verlauf der Beratung von Stadträtin **Liepins** zurückgezogen (vgl. TOP 1.2.g).

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Wie im Beratungsfahrplan vermerkt, wird der Antrag in den Mobilitäts- und Umweltausschuss 1. Halbjahr 2025 verwiesen.

Die Sitzung wird am 04.12.2024 um 17 Uhr fortgesetzt.